

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.

Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.4
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung- und
Zahlstellen-Anzeigen die
8 gespaltenen Kolonnen-Zelle
50 J
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Breh.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Kommt der Friede auf Erden?

In der tiefbunten Nacht des Grauens, die der Krieg über die Erde gebreitet, hat sich der erste schwache Schimmer eines Lichts gezeigt. Die deutsche Regierung hat öffentlich mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen über die Herbeiführung eines Friedens bereit ist, und sie hat den gegen Deutschland kämpfenden Mächten den Vorschlag unterbreitet, als bald in solche Verhandlungen einzutreten. Diesen Vorschlag hat Deutschland gemacht im Einverständnis mit seinen Verbündeten.

In dem Augenblick, wo diese Zeilen in Druck gehen, ist noch nicht bekannt, wie der Vorschlag der Mittelmächte aufgenommen wird. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Auszügen aus der Tagespresse Englands und Frankreichs könnte man leicht zu der Auffassung kommen, daß Deutschlands Vorschlag dort eine glatte Ablehnung erfahren wird. Jedoch tut man gut, den Meinungsäußerungen aufgeregter Journalisten nicht allzu viel Gewicht beizumessen; zumal nach einem politischen Akt, der eine geistige Neuorientierung nötig macht.

Die deutsche Regierung hat öffentlich erklärt, daß sie zu solchen Verhandlungen ihre Vertreter mit Vorschlägen schicken wird, die „darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern“, und die nach ihrer Überzeugung „eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens“ bilden. Diese Sätze zeichnen sich gewiß nicht durch Bestimmtheit und Klarheit aus, aber sie geben trotzdem eher gerade das, was einer Regierung, die ernstlich den Frieden will, einen Grund, solche Verhandlungen abzulehnen. Und weil wir noch nicht allen Glauben an die Menschheit verloren haben, weil wir annehmen, daß keine Regierung verbrecherisch genug ist, diesen Krieg fortsetzen zu wollen, jede vielmehr nur glaubt, ihn weiterzuführen zu müssen — deshalb hoffen wir, daß der Vorschlag Deutschlands, wenn auch nicht eine glatte Annahme, so doch auch nicht eine glatte Abweisung erfahren wird. Die nächsten Tage werden ja lehren, ob diese Hoffnung begründet ist.

Fast könnte man daran verzweifeln, wenn man liest, wie sich der russische Minister des Aeußern Potrowsky in der Duma zu dem Vorschlag der Mittelmächte geäußert hat. Er sagte dort unter anderem:

„Die russische Regierung weist den Gedanken, jetzt den Kampf zu unterbrechen, um dadurch Deutschland zu erlauben, die letzte Möglichkeit, die sich ihm bietet, Europa seiner Führung zu unterwerfen, auszunutzen, mit Entrüstung ab. Alle unzähligen erlittenen Opfer würden umsonst sein, wenn man mit dem Feinde, dessen Kräfte zwar geschwächt, aber nicht gebrochen sind, der unter dem Vorwand eines dauerhaften Friedens Aufschub sucht, einen vorzeitigen Frieden schließen würde. In diesem unerhörtesten Entschluß befindet sich Rußland in völliger Uebereinstimmung mit allen tapferen Alliierten. Wir sind alle in gleicher Weise von der vitalen Notwendigkeit durchdrungen, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen, wir werden uns von diesem Wege durch kein Manöver des Feindes abbringen lassen.“

In diesen Worten liegt nicht nur eine unerblickliche Ablehnung der von den Mittelmächten unterbreiteten Vorschläge durch Rußland, sondern zugleich die Mitteilung, daß auch Rußlands Ver-

bindete, also England, Frankreich usw., nicht verhandeln wollen. Trotz alledem geben wir die Hoffnung nicht auf, daß es in absehbarer Zeit und im Anschluß an das Angebot Deutschlands zu Verhandlungen kommen wird. Den Erklärungen des russischen Ministers stehen Äußerungen aus andern Ländern, namentlich aus Italien, gegenüber, die viel besonnener klingen. Es will uns auch nicht glaubhaft erscheinen, daß die gegen Deutschland Verbündeten sich ausgerechnet den neugeborenen Minister Rußlands zu ihrem Sprachrohr erwählen sollten. Noch immer hoffen wir auf eine Erklärung, die wenigstens die grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausspricht.

Mit der grundsätzlichen Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ist freilich noch nicht die Gewähr gegeben, daß die streitenden Mächte nun auch tatsächlich zusammenkommen. Und wenn sie endlich zusammengekommen sind, so haben wir erst Verhandlungen über den Frieden, aber noch nicht den Frieden selbst. Diese Verhandlungen werden Wochen, wahrscheinlich Monate dauern, und während dieser Zeit wird der Zweifel die Völker peinigen, die Ungewißheit den Menschen den Schlaf rauben. Es ist noch nicht einmal gewiß, ob wenigstens das Worden da draußen durch einen Waffenstillstand vorläufig unterbrochen wird.

Also werden wir das Weihnachtsfest noch nicht als Fest des Friedens feiern können. Um den lichterbeschmückten Tannenbaum werden sich vielleicht endlich wieder froh hoffende Menschen sammeln, aber die erlösende Freude wird immer noch fehlen. Denn Verheißung ist noch nicht Erfüllung!

Noch immer tobt der Krieg! Noch immer, wenn auch zübelnd und aus zahllosen Wunden blutend, stirmt die europäische Mannheit, gemischt mit „Wilden“ aus andern Erdteilen, gegeneinander an, schleudert Berge von Metall auf den verhassten Feind, macht Städte und Dörfer dem Erdboden gleich, mäht ganze Wälder ab, pflastert die Felder mit Erz und Eisen, zerreißt die fruchtbare Ebene in zerklüftetes Land und häuft Gebirge von Leichen auf der verödeten Flur. Ihr Vernichtungswille gräbt heimliche, unterirdische Gänge, um den Gegner zu überraschen; er durchsücht die dunklen Tiefen der Ozeane und beherrscht den Spiegel der Meere; er schießt frohlockend die Wunder der Schiffsbaukunst auf den Grund bergestieher Gewässer und rattert hoch in den Lüften dahin, Kampf, Tod und Vernichtung bis in die Wolken tragend. Noch immer klingt die Weihnachtsverheißung „Friede auf Erden!“ wie eine Verhöhnung der ringenden, blutenden Menschheit.

Über das Hoffen geht durch die Lande! Es gründet sich nicht auf die biblische Verheißung, die so oft schon bitter enttäuscht hat, sondern auf die ernsthafte und ehrliche Willenserklärung der deutschen Regierung. Wenn die Regierungen in den gegen Deutschland kämpfenden Ländern nicht mit Blindheit geschlagen und allen Verantwortlichkeitsgefühls bar sind, müssen sie den Schritt Deutschlands begrüßen und zum Entgegenkommen bereit sein.

Dann kann der Lichtschimmer, der heute unsre Hoffnung weckt, zum Morgenrot des großen Friedens werden. Dann werden die Weihnachtsglocken wenigstens im nächsten Jahre einer im Frieden schaffenden Menschheit läuten.

Sonnenwende.

Ja, wir glauben an dich, wenn uns eisiger Sturm auch umbraust,
Wenn der Winter die Seelen umklammert mit kalter Faust,
Wenn von blattlosen Zweigen trübduftiger Nebel tropft
Und an die Scheiben wildrauschende Schneeflut klopft.

Glauben an dich, wenn die Wolken hängen in tiefer Last
Und unser Tag in fröstelnder Dämm'ung verblaßt;
Wenn versunken der prangenden Erde goldleuchtende
Pracht
Und unsre Stunden entwandeln in licht- und sternarme
Nacht.

Ob mit gefurchter Stirn auch Frau Sorge grübelt und sinnt
Und unsern Herd mit qualendem Sängen umspinnt,
Ob um die Hütten schleicht lauernd die blutige Not
Und aus der Ferne uns drohend umgeistert der Tod -

Dennoch und dennoch: wir heben das Angesicht
Auf zu der kommenden Sonne, dem kommenden Licht,
Wissen: die Helle, die hinter den Wolken blüht,
Dah sie dem Dunkel die tödenden Pfeile spitzt.

Wissen dich lebend, du strahlende Hoffnung der Welt,
Die allem Dasein die lodernde Fackel hält.
Wissen dich nahend, urewige Zeugin,
Du aller Winter und Nöte obsteigende Seugin.

Wissen dich schaffend an Pflanzen- und Menschenlos:
Freude und Brot und Frucht harren in deinem Schoß.
Alles, was atmet, du tränkst es mit goldenem Schein:
Flammende Urmacht, verdorre-der Gegenwart Pein!

Ernst Preygang.

Die Gewerkschaften und das Hilfsdienstgesetz.

Eine nicht unbeachtliche Nebenfolge des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst ist die Zusammenführung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen aller Richtungen. Noch nie zuvor ist es gelungen, eine so weitgehende Ueberstimmung der Vertreter aller Organisationsrichtungen zu erzielen, wie gegenüber diesem Gesetz. Schon bei den Verhandlungen über das Gesetz im Reichstage zeigte sich, daß die Wünsche und Forderungen der organisierten Arbeitnehmer nur wenig auseinandergingen. Dem vollendeten Gesetz gegenüber sind die Meinungsverschiedenheiten noch geringer. Allgemein wird anerkannt, daß es zwar eine erhebliche Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeitnehmer bringt, zugleich jedoch auch recht weitreichende Garantien gegen den Mißbrauch dieser Beschränkung. Fast allgemein ist auch die Auffassung, daß in dem Gesetz die noch unklaren Umrisse zu einem neuen Arbeiterrecht enthalten sind, und daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Organisationen ist, diese Umrisse herauszuarbeiten, die unbestimmte Form mit einem bestimmten Inhalt zu füllen.

Aus solchen Gedankengängen heraus erklärt sich das einmütige Zusammenarbeiten der Arbeitnehmerorganisationen dem neuen Gesetz gegenüber, das mit einer gemeinsamen Tagung, die am 12. Dezember in Berlin stattfand, öffentlich eingeleitet wurde. Nicht weniger als 450 Vertreter der freien, 240 der christlichen, 66 der Christ-Deutschen Gewerkschaften, 4 Delegierte der polnischen Vereinigung, 50 Abgesandte der kaufmännischen Verbände und 10 von technischen Angestelltenverbänden nahmen an der Versammlung teil, zu der — gewiß zum allerersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung — der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich, in Begleitung mehrerer hoher Beamten des Reichsamts des Innern sowie der Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Gröner, erschienen waren.

Genosse Legien, als Vorsitzender der Tagung, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß eine solche Tagung in der Vergangenheit kaum möglich gewesen, in der Gegenwart aber ebenso notwendig wie erfreulich wäre. Er betonte, daß die organisierten Arbeiter aller Richtungen bereit seien, an der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes mitzuwirken, forderte aber auch, daß die Not des Volkes gemeinsam getragen werden müsse. Es sei vor allem notwendig, der Arbeiterschaft die nötige Nahrung zuzuführen (Sehr richtig!) und diejenigen etwas härter anzufassen, die den Geist der Zeit noch nicht verstehen, die aus Eignung und Eigenliebe der arbeitenden Bevölkerung die notwendige Nahrung noch nicht zuführen und damit die Gesundheit der Nation schädigen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, begrüßte den Kongreß im Namen der Reichsleitung. Von dem Hilfsdienstgesetz sagte er, es sei „die Antwort der Heimat auf den Ruf der kämpfenden Truppen, die Antwort des deutschen Volkes auf den Vernichtungswillen unserer Gegner“. Er sagte weiter, die Reichsleitung sei, in Uebereinstimmung mit der obersten Heeresleitung, überzeugt, daß der vaterländische Hilfsdienst nur dann das höchste Maß von Wirkung haben wird, wenn sie „die freudige Mitwirkung des deutschen Volkes in all seinen Schichten und Klassen“ gewinnt. Nicht der Zwang, nur die Freiheit der Pflichterfüllung könne das Höchste leisten und der Größe der Zeit Genüge tun. Deshalb habe die Regierung von vornherein die Arbeiterverbände zur Mitwirkung herangezogen. Er appellierte dann — an die „Sachkenntnis und die praktische Erfahrung“ der Arbeiterorganisationen, die bei der notwendigen volkswirtschaftlichen Umgruppierung helfen können, um „die verfügbaren Kräfte zu sammeln und an die richtigen Arbeitsstellen zu leiten“. Nach Helfferich sprach der Chef des neugebildeten Kriegsamts, von Gröner. Nach er betonte die Bereitwilligkeit der Regierung, vor allem des Kriegsamts, mit den Arbeiterorganisationen zusammenzuarbeiten.

Dann erläuterte Genosse Bauer, der zweite Vorsitzende der Generalkommission, den Inhalt des neuen Gesetzes. Er gab einleitend der Ansicht Ausdruck, daß das Gesetz ein Zwangsrecht für die Arbeiter sei. Dieser Zwang sei aber durch die Kriegsnotslage bedingt, er sei eine notwendige Kriegsmassnahme, wobei auch nicht zu verkennen sei, daß auch die Unternehmer unter diesem Zwang zu leiden haben, und zwar insofern, als viele gezwungen werden, ihre Betriebe gänzlich zu schließen. Bauer hob dann insbesondere hervor, daß es dem Arbeiter auch unter dem neuen Gesetz möglich ist, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Befürchtung, daß die Freizügigkeit der Arbeiter durch das Gesetz völlig aufgehoben wird, sei nicht zutreffend. Die Freizügigkeit sei jetzt schon in einigen Bezirken sehr beschränkt, so in Sachsen und in Bayern. Mit Inkrafttreten des Gesetzes aber sei zu erwarten, daß diese Sonderverordnungen, die in einigen Bezirken sehr zum Nachteil der Arbeiter bestehen, aufgehoben werden. Sehr wichtig sei ferner, daß das Gesetz mit der Zwangslage der reklamierten Arbeiter ausräume. Der Unternehmer könne dem Reklamierten, wenn er mit der Entlohnung nicht zufrieden sei, nicht mehr mit dem Schützengraben drohen, um ihn so zu zwingen, für den niedrigen Lohn zu arbeiten. Selbst der Streik sei unter dem neuen Gesetz nicht durchaus aufgehoben. Weigere sich der Unternehmer, ange-

messene Löhne zu zahlen, so könnten die Arbeiter die Entscheidung der paritätisch zusammengesetzten Schlichtungskommission anrufen. Entschieden diese zugunsten der Arbeiter, so können sie die Arbeit einstellen.

Bei der Durchführung des Gesetzes wird es also, um die Interessen der Arbeiter zu wahren, wesentlich davon abhängen, wie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre Vertretung zu den Schlichtungsinstanzen bestimmen. Den Gewerkschaften steht das Recht zu, für diese Schlichtungsinstanzen ihre Vertreter vorzuschlagen. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Vorschläge auch vom Kriegsamt bestätigt werden. Eine Gewähr dafür, daß auch in der obersten Instanz die Rechte der Arbeiter gewahrt werden, bietet die Berufung des Zentralvorstandes des Metallarbeiterverbandes, A. Schlichte, als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsarbeitsamt.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Behrens, erläuterte die organisatorischen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes. Hartmann von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und Niemer von der Polnischen Berufsvereinigung sprachen sich ebenfalls für die Vertretung ihrer Gewerkschaftsmitglieder bei der Durchführung des Gesetzes aus. Ebenso die Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestellten.

In der Diskussion sprachen Vertreter aller Organisationsrichtungen. Der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Drey, betonte die Wichtigkeit der chemischen Industrie für die Volkswirtschaft wie speziell für die Kriegführung, und forderte ausreichenden Schutz der Arbeiterchaft, vor allem in der Sprengstoffindustrie. Er verwies auch auf die Sicherstellung des Koalitionsrechts, das bisher von den Unternehmern gerade in der chemischen Industrie gräßlich mißachtet wurde. Am Schlusse der Aussprache nahm noch Genosse Schlichte, der, wie schon oben erwähnt, in das Kriegsamt eintritt, das Wort. Er erklärte, er könne jetzt getrost in das Kriegsamt eintreten, nachdem die Debatte ihm dies als seine Pflicht habe erscheinen lassen. Er hoffe, das Vertrauen der Gewerkschaften rechtfertigen zu können. Es kam dann folgende Resolution zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde:

Die versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten erklären, an der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes nach Kräften mitarbeiten zu wollen. Die durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Verteidigungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben. Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitestgehende Förderung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwunders und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.

Die Ausländerfrage nach dem Kriege.

III.

Die Frage, ob die deutsche Arbeiterchaft den Ausländern gegenüber nach diesem Kriege noch allgemein dieselbe Stellung einnehmen kann wie vorher, wurde vor einiger Zeit im „Grundstein“ in zahlreichen Aufsätzen erörtert. Mehrfach wurde auf die übten Erfahrungen verwiesen, die mit den Italienern im Baugewerbe gemacht wurden. Auch über die Polen und über die jetzt zahlreich nach Deutschland einwandernden Schweizer wird gefaselt. Einige Aufsätze fordern sehr drastische Maßnahmen gegen die Ausländer. In dem die Auseinandersetzung einleitenden Aufsatz heißt es am Schlusse:

Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre seitherige Haltung in der Ausländerfrage von Grund auf ändern. Sie müssen einmal ihren Einfluß bei der Regierung geltend machen zur Vermeidung von gesetzgeberischen Maßnahmen, die die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so regeln, daß den Einheimischen kein Schaden erwächst. Sodann müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterchaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen, der Ausländerfrage, oder besser gesagt, jene die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten. Wir wollen in Zukunft jeden Ausländer, der mit dem Verbandssatz seiner heimatischen Organisation zu uns kommt, wie bisher mit offenen Armen aufnehmen. Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos gegenüberzutreten wollen. Wir werden damit nur das tun, was in anderen Ländern: in England, Frankreich und Amerika schon lange von den Gewerkschaften geübt werden ist.

Andere Aufsätze reden ab von jedem Zwang und jeder Schikane und fordern Fortsetzung der bisherigen Aufklärungsarbeit.

Das Zentralorgan der italienischen Gewerkschaften war über die im „Grundstein“ ausgesprochenen Ansichten und niedergelegten Forderungen entsetzt. Es meinte:

... während die Franzosen, es sie nun Zimmerwörter sind oder nicht, einseitig die Befreiung aller geschäftlichen Einschränkungen der Ausländer und die Gleichstellung der Fremden mit den einheimischen Arbeitern verlangen, fordern die Deutschen vom Staat den weitestgehenden Schutz und stellen denen, die sich ihrer Pflicht nicht unterwerfen wollen, häufige Schläge in Aussicht. Es ist gut, sich dies für alle künftigen Unterhandlungen zu merken.

Die italienische „Gewerkschaftliche Rundschau“ meinte, der Kauf von gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Einwanderung von ausländischen Arbeitern sei realistisch, einseitig und kurzfristig; denn die Regierungen der anderen Länder würden mit den gleichen Maßnahmen auch gegen die Einwanderung von deutschen Arbeitern antworten. Die Maßnahmen würden so geschweidige Schwert sein, die auch die deutschen Arbeiter verwunden können. Der Artikelsschreiber vergesse auch, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege die ausländischen Arbeiter reichlich Arbeit fanden, mit den deutschen Arbeitern konkurrieren zu sein; denn in allen Ländern erschienen sie, wo einheimische Arbeiter im Kampfe mit dem Unternehmertum fanden und sie um ihre Erbschaft kämpften. Gewiß waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland damit nicht einverstanden, ja sie hätten

selbst schwer darunter; aber die Tatsache der organisierten deutschen Streikbrecherkolonnen in allen Ländern werde dadurch nicht beeinträchtigt.

Im „Avanti“, dem Zentralorgan der italienischen Sozialisten, wurde im Anschluß an den „Grundstein“-Artikel eine längere Auseinandersetzung über die Stellung der Gewerkschaften zur Einwanderungsfrage geführt, in welcher der Chefredakteur dieses Blattes meinte, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo nationalistische Länder zu finden wären. Die auch in Deutschland bekannte Sozialistin Angelia Belebannof schloß die Auseinandersetzung mit einer lebhaften Anklage gegen die deutschen Gewerkschaften. Sie erklärte die Haltung des „Grundsteins“ sei namentlich im gegenwärtigen Moment, wo der Krieg eine so mächtige Schranke zwischen den Arbeitern aller Länder aufgerichtet hat, besonders unverzeihlich. Die Haltung der französischen „Bataille“ sei jedoch nicht wesentlich anders.

Im „Grundstein“ hat später Genosse Winnig in zwei Artikeln seine Auffassung in der Einwanderungsfrage dargelegt. Winnig fordert, daß die Frage nicht als Gefühlssache behandelt wird, sondern daß Tatsachen und Interessen auch hier bestimmen sollen. Vor dem Kriege habe man in Deutschland die ausländischen Arbeiter gebraucht, weil die einheimischen in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges nicht ausreichten. Auch wurden sie deshalb gebraucht, weil der deutsche Arbeiter immer mehr zur Qualitätsarbeit drängt. Es ist zu erwarten, daß es auch nach dem Kriege so sein wird. Auch ist nach wie vor mit der Zuwanderung italienischer Arbeiter zu rechnen. Der Krieg wird das Elend der italienischen Arbeiter nicht beseitigen, sondern vermehren, und die ärmsten Proletarier Europas werden auf später gezwungen sein, alljährlich über die Alpen zu ziehen, um in der Schweiz, in Frankreich und Deutschland Arbeit und Brot zu suchen. Winnig fährt dann weiter aus:

„Haben wir nun ein materielles Interesse daran, die Einwanderung fremder Arbeiter zu verhindern? Es gibt Leute, die das unbedingt behaupten. Aber so einfach liegen auch hier die Verhältnisse nicht. Bei Zuständen, wie sie vor dem Kriege in Deutschland herrschten, wo also eine größere Arbeitslosigkeit nicht bestand, lag kein spezielles Arbeiterinteresse vor, das die Zurückhaltung der Fremden gefordert hätte.

Anders stehen die Dinge, wenn die Lage des Gewerbes kritisch wird, wenn Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit eintreten und einheimische Arbeitskräfte brach liegen, während die fremden in voller Beschäftigung stehen. Dann ist die Eingabigkeit der eigenen Mitglieder offenbar, und dann kann keine Organisation dazu schweigen. Man kann nicht im Namen der Internationalität verlangen, daß sich die einheimischen Arbeiter das gefallen lassen. Eine solche Internationalität läßt sich in der Studierstube konstruieren, aber das Leben will nichts von ihr wissen. Und darin hat das Leben recht. Denn eine solche Internationalität wäre Selbsttäuschung, und wer sie übt, wäre ein Narr, aber kein Klassenkämpfer. In solchen Fällen ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften kategorisch die Zurückhaltung der fremden Arbeiter verlangen, solange noch einheimische Arbeitskräfte beschäftigungslos sind. Das haben wir auch bisher schon getan, obwohl es auch dann nicht an Stimmen fehlte, die darin einen Verstoß gegen die internationale Solidarität erblicken wollten.“

Dementsprechend müsse man abwarten, wie sich die Wirtschaftslage gestaltet. Wird sie kritisch, etwa infolge der von den feindlichen Staaten erstrebten Schwächung der deutschen Volkswirtschaft, müssen die deutschen Gewerkschaften sich gegen die Einwanderung ausländischer Arbeiter wehren, was auf dem Wege der Gesetzgebung oder im Verwaltungswege erreicht werden könne. Werden dagegen die Wirtschaftsverhältnisse die gleichen wie vor dem Kriege, dann fehlt jeder Anlaß, nach Repressalien gegen die ausländischen Arbeiter zu rufen. Haben wir sie hier, ist es unsere Aufgabe, sie zu organisieren, und bei dieser Arbeit sind wir auf die Hilfe der ausländischen Verbände angewiesen, die ein gleiches Interesse an der Sache haben. Der Artikel Winnigs schließt:

„So wollen wir untern Internationalismus auffassen. Zu liebgegründeten Umhüllungen der ausländischen Organisationen haben wir allerdings weder Anlaß noch Ursache. Aber dessen bedarf es auch nicht, um feste Bande zwischen uns und den Arbeitern anderer Länder zu knüpfen. Wir können uns sehr wohl darauf beschränken, das zu tun, was uns unsere gewerkschaftlichen Interessen gebieten.“

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ sagt zu den Ausführungen Winnigs, daß sie das klar aussprechen, worauf es ankommt, daß nämlich die Einwanderungsfrage nicht auf Grund irgendwelcher internationalistischer Studierstube dogmen, sondern ausschließlich vom Boden der Tatsachen aus zu beurteilen ist. Weiter schreibt das „Korrespondenzblatt“:

Wir sind weit davon entfernt, Deutschland mit Sperrmanern gegen ausländische Arbeiter umgeben zu wollen. Aber eine andre Frage ist, ob man die Theorie der internationalen Freizügigkeit bis zur Unmöglichkeit treiben will, wie es bei uns faktisch früher geschah, oder ob es nicht richtiger ist, die Einwanderungsfrage einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen. Die in Massen angeworbenen Kontraktarbeiter werden durchaus nicht nur herangezogen, weil es an deutschen Arbeitern manockt, sie werden vielmehr oft genug zum Zwecke des Lohnwunders, der Verschlechterung der einheimischen Arbeitsbedingungen angeworben. Die zentralen Tarifverträge verhindern das nicht genügend, weil sie nicht alle Unternehmungen der einzelnen Gewerbe erfassen. Daneben haben wir Industrien, die große Massen ausländischer Arbeiter beschäftigen, aber noch keine Tarifverträge in unversichertem Maßstabe aufweisen, wie etwa der Verobra, wo die ausländischen Arbeiter die Anbahnung der gewerkschaftlichen Organisation und damit die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse erschweren und sogar die Unfallgefahr erhöhen. Alle diese Tatsachen zeigen die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung der Einwanderungsmaterie; sie ist nicht nur erforderlich, wenn die Grenze eine Schwächung der deutschen Volkswirtschaft durch den Krieg ergibt, sie muß vielmehr ganz unabhängig von dieser Frage beobachtet und erledigt werden.“

Diese Auslassungen zeigen, daß der Krieg auch die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Frage der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte beeinflußt hat. Darüber noch einiges in einem Spätartikel.

Aus der Industrie

Die Gummiindustrie in der Kriegszeit.

Die Gummiindustrie bezieht ihren hauptsächlichsten Rohstoff den Kautschuk, aus dem Ausland. Als nach Kriegsausbruch die Zufuhr für Deutschland abgesperrt wurde, mußte damit gerechnet werden, daß diese Industrie über kurz oder lang zum Stillstand kommen würde.

Sie hat sich weit länger gehalten, als damals gehofft werden konnte. Einmal waren die Vorräte sehr groß, namentlich bei den süddeutschen Unternehmungen. Dann wurden zunächst noch Zu-

fuhrten über neutrale Nachbarländer möglich. Endlich lernte es die Industrie sehr bald, das vorhandene Rohmaterial in selber nicht genhelter Weise zu strecken. Einmal wurden die selber schon üblichen Füllmittel in noch größeren Bruchteilen zugesetzt, dann aber wurde in erheblichen Mengen Algummi gewonnen und wieder als Rohstoff verwendet. Die Gatte der Ware litt darunter allerdings sehr, jedoch wurde darauf unter dem Zwange der Umstände wenig gesehen. Jedenfalls gelang die Aufrechterhaltung der Betriebe überraschend lange Zeit.

Der Bedarf an Gummiwaren wurde durch den Krieg nicht vermindert, sondern gesteigert. Heer und Marine bräuchten ungeheure Mengen von Erzeugnissen der Gummiindustrie. Riesengroß war der Bedarf an Reifen für Autos und Fahrräder. Auch für Ballonstoffe, wasserdichte Kleidung und nicht zuletzt für Besatz der Wundbehandlung und der Heilpflege wurden Erzeugnisse der Gummiindustrie in großen Mengen verbraucht. Um den Heeresbedarf sicherzustellen, wurde schon 1914 das Rohgummi beschlagnahmt und die Herstellung von Artikeln, zu denen Rohgummi verwendet werden mußte, untersagt bzw. eingeschränkt. Da überdies auch der Gießstoff Benzol der Beschlagnahme und militärischen Kontrolle unterstellt wurde, war die Erzeugung sehr einseitig, auf militärische Bedürfnisse zugeschnitten. Freizug von Absatz an Privatbetrieben nur die aus Regeneraten hergestellten „Kriegsgummiarten“. Das künstliche Gummi, an dessen Herstellung in einwandfreier Gatte und zu einem erschwinglichen Preise schon seit Jahren gearbeitet wird, hat bisher noch alle Hoffnungen enttäuscht. Die Zufuhr von Rohgummi mittels Handelsunterseebooten ist bisher noch zu gering, um Einfluß ausüben zu können. Die Schwierigkeiten der Industrie werden also in der Kriegszeit kaum behoben werden können.

Die Arbeiterschaft litt in den ersten Kriegswochen unter den überhäufigen Arbeitsbeschränkungen in einzelnen Betrieben. Unmählich besserten sich die Verhältnisse. Einige Betriebe wurden wieder aufgenommen bzw. erweitert, andre richteten sich auf Kriegszwecke ein. Von den Arbeitern wurde ein erheblicher Teil eingezogen, ein anderer suchte und fand Arbeit in andern Industriezweigen. Von den Arbeiterinnen blieb ein größerer Bruchteil längere Zeit arbeitslos. Inzwischen ist der Arbeitsmarkt allgemein so umgefallen worden, daß von einer Arbeitslosigkeit auch in der Gummiindustrie nicht gesprochen werden kann.

Die Rentabilität der Unternehmungen der Gummiindustrie hat in der Kriegszeit bisher nicht wesentlich gelitten. Von den 18 Aktiengesellschaften dieser Industrie haben nur 5 für 1915 weniger Dividenden gezahlt als für 1913. Weitere 3 sind auf demselben Dividendenfuß geblieben und 10 haben ihre Dividenden sogar noch steigern können. Die Gesamtsumme der ausgeschütteten Dividenden ist trotzdem etwas gesunken. Jedoch nur deshalb, weil unter den Gesellschaften, die weniger ausgeschüttet haben, sich auch das größte Unternehmen der Branche, die „Continental“ in Hannover, befindet, die ihre Dividende von 45 auf 30 Prozent und damit die Dividendensumme von 6,75 auf 4,50 Millionen Mark herabsetzte. Folgende Zusammenstellung zeigt, daß die Gummiindustrie die Kriegszeit bisher gut überstanden hat.

Gesellschaft	1913			1914			1915		
	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	
das Aktienkapital	52 570	52 570	52 570	52 570	52 570	52 570	52 570	52 570	
der Reingewinn	10 824	10 842	12 192	10 824	10 842	12 192	10 824	10 842	
die Dividendensumme	9 078	7 001	7 882	9 078	7 001	7 882	9 078	7 001	
der Prozentsatz der Dividende	19	13	15	19	13	15	19	13	

Aus dieser Gegenüberstellung ist schon ersichtlich, daß die Senkung des Dividendenfußes nicht zurückzuführen ist auf einen allgemeinen Gewinnrückgang. Im Gegenteil, die Summe der Reingewinne war für 1915 höher als für das Friedensjahr 1913. Mehrere Gesellschaften haben während des Krieges geradezu glänzende Geschäfte gemacht, einige haben sich direkt saniert. Folgende Tabelle gibt darüber einige Einzelheiten:

Gesellschaft	Aktienkapital (in Millionen)	Reingewinn ohne Vortrag (in 1000 M)			Dividenden in Prozent			Dividenden Bonus usw. (in 1000 M)		
		1913	1914	1915	1913	1914	1915	1913	1914	1915
G. Müller, Berlin-Weidensee	1,10	99	110	95	7	7	7	77	77	77
Wolff, Garmisch und Garmisch-Großglockner	1,20	68	171	100	4	4	4	48	48	48
Ber. Berlin-Frankfurt, Wolf u. Garmisch	3,50	315	406	442	7	7	6	245	245	250
Calmon, Garmisch	1,00	400	490	508	5	6	6	200	240	240
Continental, Hannover	15,00	8295	5218	6030	45	87	20	6750	4570	4570
Continental, Garmisch	0,84	53	55	186	4	5	10	3,36	42	84
Ber. Garmisch-Großglockner	3,00	661	1066	1366	15	22	24	540	690	720
Continental, Garmisch	1,08	100	112	77	8	8	6	96,4	96,4	64,8
Continental, Garmisch	1,20	102	91	61	7	0	4	84	—	48
Continental, Garmisch	1,13	805	204	539	10	5	11	113	90	123,9
Continental, Garmisch	0,92	84	68	30	0	5	5	0	46,2	45
Continental, Garmisch	0,50	71	111	140	5	6	10	30	36	60
Continental, Garmisch	1,00	260	247	341	0	0	0	0	0	0
Continental, Garmisch	1,00	739	59	92	0	4	6	0	40	60
Continental, Garmisch	1,00	172	245	337	20	15	15	200	150	150
Continental, Garmisch	6,00	764	582	1253	6	8	12	360	480	720
Continental, Garmisch	5,00	2	75	421	0	0	8	0	0	400
Continental, Garmisch	2,00	337	244	479	9	7	7	180	141	149

Zusammen: 10824, 10842, 12192 | 19 | 13 | 15 | 6750 | 4570 | 4570

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die durchschnittliche Dividende von diesen 18 Gesellschaften, nachdem sie sich 1914 infolge der ersten Kriegseinwirkungen vermindert hatte, in 1915 bereits wieder gestiegen ist und heute erheblich höher ist als im Friedensjahr 1913. Naturgemäß haben die Fabriken, die für Heereslieferungen in besonderer Maße herangezogen wurden, wie die Ber. Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabrik, die Calmon-Ges., die Hannoverische Aktien-Gummiwarenfabrik, die Hannoverischen Gummiwerke Excelsior, auch die Peter-Gesellschaft und insbesondere die Continental-Gummiwerke- und Guttapercha-Co., sehr großen Nutzen erzielt. Das kommt allerdings weniger in einer starken Dividendensteigerung als vielmehr in vermehrten Rückstellungen und Abschreibungen, namentlich auf Auslandsforderungen, zum Ausdruck. Die Continental-Co. hat die Dividende sogar um ein Drittel gekürzt, hat aber, da sie besonders an Gesellschaften im feindlichen Auslande interessiert ist, Abschreibungen und Rückstellungen in einem das gewöhnliche Maß beträchtlich überschreitenden Umfange vorgenommen, so 1914 3,50 Millionen Mark für Debitorenrückstellungen und 1915 5 Mil-

Lionen Markt für Kriegsvorräte. Andre Gesellschaften, die sich mit der Herstellung von technischen, chirurgischen Artikeln und mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs befassen...

Fragen wir nach der weiteren Entwicklung der Gummiindustrie nach dem Kriege, so zeigt sich schon jetzt, daß das, was man im Kriege gelernt hat, auch dem Frieden vom Vorteil sein wird.

Im übrigen ist über die Aussichten der Gummiindustrie für die Zeit nach dem Kriege noch wenig zu sagen. Zu viel hängt da von der Dauer und dem Ausgang des Krieges ab.

Fabrikküchen in Papierfabriken.

Fabrikwohnungen für verheiratete und Schicksale für Witwe Arbeiter gehören schon vor dem Kriege zu den bekanntesten Wohlfahrtsmaßnahmen der Papierfabriken.

Die Patentpapierfabrik in Penig schreibt in ihrem Geschäftsbericht für 1916: Der Versorgung der Angestellten mit Lebensmitteln wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Dem Beispiel der Patentpapierfabrik in Penig ist auch die jächstige Wohlfahrtsfirma Käßler u. Niehhammer in Kriebitzsch gefolgt.

Wenn das Essen einermassen ist, darf man die Bereitstellung zu einem so billigen Preise als eine Erleichterung in der Ernährung der Arbeiterschaft begrüßen.

Mehr Rücksicht auf weibliche und jugendliche Arbeitskräfte.

Eine bedenkliche Folge der vermehrten Heranziehung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte zur industriellen Arbeit ist die Steigerung der Unfallgefahren.

Die beiden Berufsgenossenschaften der Papiererzeugungs- und Papierverarbeitungsindustrie melden für das Kriegsjahr 1915 eine prozentuale Steigerung der angemeldeten Unfälle gegenüber dem Friedensjahr 1913.

Wie berechtigt die Warnung der Gewerkschaften vor der zu leichten Handhabung der Arbeiterschutzgesetzgebung ist, geht auch daraus hervor, daß im Jahre 1915 in der Papierverarbeitungsindustrie außer 1428 männlichen Arbeitern noch 1601 Arbeiterinnen und jugendliche verunglückten.

Richard Brückner

Am 5. Dezember ist der Führer der deutschen Papierfabrikanten aus dem Leben geschieden. Mit ihm ist einer der stärksten Gegner der organisierten Arbeiterschaft dahingegangen.

Für die Zeit nach dem Kriege rechnet er mit harten, wirtschaftlichen Kämpfen. Auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Papierfabrikanten am 12. September 1916 im Hotel Excelsior in Berlin führte er u. a. folgendes aus: "Meine Herren! Die Zeit, in der wir heute leben, ist schwer, aber schwerer noch werden uns bevorstehen, wenn das blühende Ringen erst seine Erde gefunden haben wird."

Nun ist er jenen großen Handlungen der Industrie nachgefolgt, die ebenfalls glücken die Fernjournierung der Arbeiterorganisationen zu erleben.

Die Worte des verstorbenen Leiters unserer Unternehmerorganisation werden aber den Arbeitern der Papierindustrie eine Mahnung sein, eifrig für die Aufklärung der uns noch gleichgültig gegenüberstehenden Arbeitervolgen und Arbeitervollkommen zu sorgen.

Carikündigung in der schwedischen Papierindustrie.

Die I. K. meldet aus Stockholm: Der Verband der ungelerten Fabrikarbeiter (Grobarbeiterverband) Schwedens hat den Reichsvertrag für die Papierindustrie gekündigt, um eine Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Kalkwerke als Heilanstalten für Lungentranke?

In den Nr. 48 des "Proletariats" besprochenen Ausführungen des Diplomingenieurs G. Gall in Nr. 125 der "Lohnindustriezeitung", die dem Kalkwerk gewidmet waren, daß Kalkwerk heilhaft für die Lungen sei und Lungentranke eigentlich nicht besser tun könnten, als in einem Kalkwerk Arbeit zu nehmen, wird uns geschrieben: Zu den Ausführungen des Herrn Gall wird jeder Kalkwerksarbeiter den Kopf geschüttelt haben.

Ich war in einem Kalkwerk beschäftigt, wo der Kalk sowohl im Ringofen als auch im deutschen Ofen gebrannt wurde. Aber zu der Arbeit des Kalkwerks ist für Lungentranke - und auch für andere Krankheiten - im Gegenteil, jeder brühte sich von dieser Arbeit so gut er konnte.

Auch bei den Kalkwerksarbeitern ist der Staub schädlich, weil, wie schon gesagt, es sich um ungelösten Kalk handelt und die Lunge davon befallt wird.

Ein neues Sprengstoffunternehmen.

Unter dem Namen "Español-Altiengesehshaft, vorm. Eisler Sprengstoffwerk" ist kürzlich eine neue Altiengesehshaft gegründet worden. Die Werke dieser Gesellschaft liegen in der Gifel.

Das Aktienkapital beträgt 8 1/2 Millionen Mark. In dem die Eröffnungsbilanz des Unternehmens wird betont, daß das Unternehmen bis weit in das Jahr 1917 hinein mit Kapitalen reichlich versehen ist.

Hoffen aber wollen wir, daß die Arbeiterschaft dieses neuen Werkes recht bald den Weg in den Verband findet und dann auf angemessene Arbeitsbedingungen dringt.

Die Vereinigten Glanzstofffabriken

In Elberfeld wollen ihr Aktienkapital von 7 1/2 auf 15 Millionen Mark erhöhen. Die Gesellschaft hat als ihren Hauptproduktionszweig die Herstellung von Kunstseide ausgenommen und zu ihren eigenen Patenten nach einigen Jahren die sogenannten Blümpchenpatente einer in Gemeinschaft mit dem hiesigen Handel v. Donnermarkt gegründeten Gesellschaft erworben.

Während des Krieges konnte die von der Gesellschaft hergestellte Kunstseide offenbar bei dem Mangel an Rohstoffen für die Herstellung natürlicher Seide ihren Absatz erweitern, zumal da es gelang, die Beschaffenheit der Kunstseide immer mehr der natürlichen Glanzstoffe anzunähern.

Wassereintrich in einem Kalkwerk.

Das Kalkwerk Sülbitzen ist durch Wassereintrich schwer gefährdet, wenn nicht ganz zerstört worden. Schon seit zwei Jahren hegte man ernstliche Besorgnisse, da immer deutlicher Anzeichen auftraten, daß der in der Nähe gelegene See in das Werk einbrechen könnte.

Die Zuckerrabrik Frankenthal

schließt das Geschäftsjahr 1915/16 anscheinend nicht ganz so günstig ab wie das vorhergehende. Aufsehenerregend, denn genauerer läßt sich darüber bei der eigenartigen Bilanzierungsweise dieses Unternehmens nicht sagen.

Table with 6 columns: 30. September, 1911/12, 1912/13, 1913/14, 1914/15, 1915/16. Rows include Aktienkapital, Vortrag, Produktionsgewinn, and various reserves.

Wie die Tabelle zeigt, ist auch der Posten für Kriegsvorsorge um 200 000 Mk. herabgesetzt. Hauptsächlich ist nicht eine Kürzung der Unterhaltungen an die Familien der eingezogenen Arbeiter und Angehörigen die Folge.

Mit solchen "Erklärungen" beweist die Verwaltung tatsächlich nur, daß sie seit Jahren Gewinne angesammelt hat, neben einer immer höheren Dividende.

Neue Strohfutter-Fabrik des Reiches.

Die Tageszeitungen berichten, wurde in Regensburg mit einem Stammkapital von neun Millionen Mark ein breites Reichsstrohfutterwerk zur Herstellung von Erbsenfutter, hauptsächlich Strohfutter, errichtet.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Arbeiterssekretariate und Rechtsauskunftstellen im Jahre 1915. Der langandauernde Kriegszustand, der den Mitgliederstand der Zweigvereine unserer Zentralverbände stark verminderte, ohne daß in dem gleichen Maße eine Entlastung der Kosten der Sekretariate herbeigeführt werden konnte, gefährdete vielfach den Bestand der Sekretariate, da die zu ihrer Erhaltung notwendigen finanziellen Mittel nicht in gleichem Maße wie vor dem Kriege eingingen.

Secretariate der Zentralverbände 129, das Jahr 1915 schließt mit 131 ab, darunter befinden sich 12 Secretariate des Bergarbeiterverbandes.

Der Kriegszustand hat jedoch auf die Tätigkeit der Secretariate durch Einberufung von Sekretären, den damit verbundenen häufigen Wechsel der leitenden Kräfte und die Unterbrechung des Geschäftsganges ungünstig eingewirkt.

Von den an der Statistik beteiligten Secretariaten werden in der Hauptzahl 64 aus Mitteln der Kartellkassen, 29 durch Beiträge der beteiligten Organisationen und 13 durch direkte Beitragsleistung der beteiligten Mitglieder unterhalten.

Die 119 berichtenden Secretariate wurden von insgesamt 595 948 Personen in Anspruch genommen. Bemerkenswert ist die gegen das Vorjahr stark gestiegene Zahl der weiblichen Ausschussschwestern.

Die Gesamtzahl der Ausschüsse betrug 568 967, sie steht gegen das Vorjahr um 86 892 zurück. Den größten Teil der Ausschüsse, 140 151 betreffen Fragen des bürgerlichen Rechts.

Über persönliche Vertretungen von Rechtsfällen vor Ämtern, Gerichten und Verwaltungsbehörden machten von den 119 berichtenden Secretariaten nur 94 Angaben.

Die Rechtswertungen machten von den 119 berichtenden Secretariaten nur 94 Angaben. Gerade auf diesem Gebiet hat sich der Mangel an damit verbundenen Kräften recht fühlbar gemacht.

Neben den Secretariaten kommen dann noch als Rechtsberatungs-einrichtungen der Zentralverbände die Ausschüsse der Gewerkschaftskartelle in Betracht. Gleich wie die Kartelle selbst, so wurden auch die Ausschüsse durch den Kriegszustand stark in Mitleidenchaft gezogen.

Die Rechtswertungen machten von den 119 berichtenden Secretariaten nur 94 Angaben. Gerade auf diesem Gebiet hat sich der Mangel an damit verbundenen Kräften recht fühlbar gemacht.

Unser Verband nach 28 Kriegsmontaten.

Für den Monat November, den 28. Monat des Weltkrieges, haben von 465 noch vorhandenen Zahlstellen 407 rechtzeitig an den Vorstand berichtet.

Die verhältnismäßig günstige Entwicklung des Mitgliederbestandes, über die wir in den letzten Monaten berichten konnten, hat auch im November angehalten.

Table with 4 columns: month, male members, female members, total members. Shows growth from August to November.

Um die Mitte des Jahres wurden noch erheblich mehr männliche als weibliche Mitglieder aufgenommen.

Die Zahl der Neuzugänge war höher als in irgendeinem von dieser Erhebung erfassten Vormonat. Folgende Zusammenfassung zeigt das:

Aus dem Verbandsausgang sind im November 488 männliche und 402 weibliche, zusammen 890 Mitglieder, das sind mehr als im Oktober, aber weniger als im September.

Table showing membership statistics for August and November 1914, and for November 1916, including male, female, and total counts.

Der tatsächliche Verlust ist trotz weiterer erheblicher Einziehungen zum Heeresdienst um 482 geringer als am Ende des Vormonats.

Auf je 100 bei Kriegsausbruch vorhandene Mitglieder waren mehr ausgefallen als neu eingetreten:

Table comparing male and female membership statistics for various months from August to November.

Die unverkennbare Besserung dauert an. Besonders stark ist sie bei den weiblichen Mitgliedern. Wenn uns die nächsten Monate keinen Rückschlag bringen, ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Zahl der weiblichen Mitglieder den Stand vor dem Kriege wieder erreicht hat.

Der Arbeitsmarkt ist andauernd so günstig wie nie in Friedenszeiten. Es wurden deshalb auch im ganzen Monat nur 2821 Mt. als Arbeitslosunterstützung ausgezahlt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten.

Table showing employment statistics for various months, including total unemployed, per 100 workers, and military service statistics.

Von den zum Kriegsdienst eingezogenen Mitgliedern sind bis Ende November in den berichtenden Zahlstellen 4369 als entlassen oder beurlaubt zurückgemeldet.

Eingegangene Schriften.

Der Reichstag vor 100 000 Jahren ist Gegenstand eines reich illustrierten Buches, das der bekannte Historiker Dr. O. Hanfmann im Januar bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschienen ist.

Die alljährlich zum Weihnachtsfest, so bringt auch diesmal der Verlag von F. A. Brockhaus, G. m. b. H., in Stuttgart ein Geschenk für die reifere Jugend auf den Büchermarkt.

Der Werdegang eines Arbeiters wird hier in schöner, unterhaltlicher Weise dargestellt und dürfte ein recht willkommenes Weihnachtsgeschenk sein.

Als deutlicher Mauer durch das Morgenland. Ein ehemaliger Maurer schildert in diesem Buche, was er als junger Barocke auf der Wanderschaft erlebt und wohin ihn sein Restrikt geföhrt hat.

Der Arbeiter-Kriegskalender hat auf 1917 gerüstet, und abernach hat er, um für den Tag, nützlich zu sein, auf Kriegstragen Antwort zu geben.

Der Arbeiter-Kriegskalender hat auf 1917 gerüstet, und abernach hat er, um für den Tag, nützlich zu sein, auf Kriegstragen Antwort zu geben.

Robert Haag, Das Geländezeichen nach der Natur. Eine kurze, praktische Anleitung mit 10 Abbildungen und 8 Tafeln.

Verbandsnachrichten.

Statistik — Blaue Karten.

Für den Monat November haben trotz Mahnrufe nicht oder zu spät berichtet:

Table showing reporting statistics for various months, including total reporting, male, female, and total counts.

Mehrere Zahlstellen senden noch immer rote Wochenkarten und graue Monatskarten ein. Diese Karten sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden.

Mit Dezember geht das 4. Quartal 1916 zu Ende. Es muß deshalb jede Zahlstelle bis 4. Januar 1917 eine blaue Monatskarte und eine gelbe Quartalskarte nach Hannover gesandt haben.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Bochum. Heinrich Doring, Mottstraße 49, 1. Et. Johann von Jankowitz, Richardstraße 21. Frankfurt a. d. Oder. Alex Tettborn, Kleine Mühlroter Straße 15.

Briefkasten.

Zes Weihnachtsfestes halber ist für die Nr. 53 des "Proletarier" schon am Freitag, dem 22. Dezember, mittags 12 Uhr, Redaktionschluss.

Munitions-Arbeiter und Arbeiterinnen

Chem. Fabrik Griesheim-Elektron. Redaktionen, aus Thüringen und angrenzenden Gebieten sind zu richten an Städt. Arbeitsnachweis, Weimar.